



Villeroy & Boch

1748

**Villeroy & Boch Aktiengesellschaft
Mettlach**

Satzung

(zuletzt geändert durch Beschluss der Hauptversammlung am 12.04.2024)

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Firma und Sitz

Die Firma der Gesellschaft lautet Villeroy & Boch Aktiengesellschaft.

Ihr Sitz ist Mettlach (Saar).

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von keramischen Erzeugnissen aller Art und Erzeugnissen von Kristall und Glas.
2. Das Unternehmen ist berechtigt, auch andere Erzeugnisse herzustellen, herstellen zu lassen, zu bearbeiten, zu kaufen und zu vertreiben. Es darf Dienstleistungen jeder Art ausführen, Lizenzen erwerben und vergeben, andere Unternehmen erwerben und sich an anderen Unternehmen beteiligen.

§ 3 Grundkapital und Aktien

1. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Euro 71.909.376,00 (in Worten: Euro Einundsiebzig Millionen neunhundertneuntausenddreihundertsechundsiebzig)

Es ist eingeteilt in:

- 14.044.800 (in Worten: Vierzehn Millionen vierundvierzigtausendachthundert) Stamm-Stückaktien und
 - 14.044.800 (in Worten: Vierzehn Millionen vierundvierzigtausendachthundert) stimmrechtslose Vorzugs-Stückaktien.
2. Die Stammaktien und die Vorzugsaktien lauten auf den Inhaber.
 3. Die Inhaber der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um Euro 0,05 je Vorzugs-Stückaktie höhere Dividende als die Inhaber von Stamm-Stückaktien, mindestens jedoch eine Vorzugsdividende in Höhe von Euro 0,13 je Vorzugs-Stückaktie. Reicht in einem Geschäftsjahr der an die Aktionäre auszuschüttende Bilanzgewinn zur Zahlung der Vorzugsdividende von Euro 0,13 nicht aus, so erfolgt die Nachzahlung der Rückstände aus dem an die Aktionäre auszuschüttenden Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise, dass die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende

Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanspruchs desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugs-Stückaktien gewährt wird.

4. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns oder des Gesellschaftsvermögens den vorhandenen Vorzugsaktien ohne Stimmrecht gleichstehen oder vorgehen, bleibt vorbehalten.
5. Wird eine Kapitalerhöhung dergestalt beschlossen, dass die Einlagen im Laufe des Geschäftsjahres geleistet werden, so kann im Beschluss über die Kapitalerhöhung eine von § 60, Absatz 2, letzter Satz, Aktiengesetz, abweichende Regelung getroffen werden.
6. Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteils- und Erneuerungsscheine setzt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats fest.
7. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung der Aktien ist ausgeschlossen.

§ 4 Geschäftsjahr, Bekanntmachungen und Informationen

1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.
2. Die Gesellschaft kann im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften den Inhabern zugelassener Wertpapiere Informationen auch im Wege der Datenfernübertragung übermitteln.
3. Die Übermittlung von Mitteilungen nach § 125 Abs. 2 Satz 2 AktG sowie § 128 Abs. 1 Satz 1 AktG ist, soweit gesetzlich zulässig, auf den Weg der elektronischen Kommunikation beschränkt. Der Vorstand ist - ohne dass hierauf ein Anspruch entsteht - berechtigt, Mitteilungen auch in Papierform zu versenden. § 30 b Abs. 3 WpHG bleibt unberührt.

§ 5 Dauer der Gesellschaft

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.

II. Verfassung und Verwaltung der Gesellschaft

§ 6 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Mitgliedern; die genaue Zahl wird durch den Aufsichtsrat nach den Bedürfnissen der Gesellschaft festgelegt. Ein Vorstandsmitglied kann vom Aufsichtsrat zum Vorsitzenden des Vorstands ernannt werden.
2. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit seiner anwesenden Mitglieder in ordnungsgemäß einzuberufenden Sitzungen. Ist ein Vorsitzender ernannt, gibt bei Stimmengleichheit seine Stimme den Ausschlag, sofern einfache Stimmenmehrheit genügt, und der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern besteht.
3. Beschlussfähigkeit des Vorstands ist bei Anwesenheit von 2/3 seiner Mitglieder nach Einladung sämtlicher Mitglieder gegeben. Beschlüsse können auch schriftlich, fernmündlich oder telegrafisch gefasst werden, wenn kein Vorstandsmitglied widerspricht.
4. Die Gesellschaft wird gesetzlich durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Jedes Vorstandsmitglied ist vom Verbot der Mehrfachvertretung - § 181 2. Alt. BGB – befreit.

§ 7 Aufsichtsrat

1. Mitglieder

Der Aufsichtsrat besteht insgesamt aus zwölf Mitgliedern, und zwar aus sechs Mitgliedern, die in der Hauptversammlung gewählt werden, und aus sechs Mitgliedern, deren Wahl sich nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 richtet. Soweit die Hauptversammlung bei der Wahl nicht eine kürzere Amtszeit bestimmt, erfolgt die Wahl für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet.

2. Vorzeitige Beendigung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats können ihr Amt durch eine an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder an den Vorstand zu richtende schriftliche Erklärung unter Einhaltung einer Frist von zwei Monaten niederlegen.

3. Vorsitzender, stellvertretender Vorsitzender

Im Anschluss an eine Hauptversammlung, in der alle Anteilseignervertreter neu gewählt worden sind, findet eine Aufsichtsratssitzung statt, zu der es einer besonderen Einladung nicht bedarf. In dieser Sitzung wählt der Aufsichtsrat für die Dauer seiner Amtszeit unter dem Vorsitz des an Lebensjahren ältesten Aufsichtsratsmitglieds der Anteilseignerseite aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheidet der Vorsitzende oder sein Stellvertreter während seiner Amtszeit aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Der Aufsichtsrat kann einen weiteren Stellvertreter des Vorsitzenden wählen. Er übt, soweit gesetzlich zulässig, im Falle der Verhinderung des ersten Stellvertreters dessen Funktionen aus.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats ist ermächtigt, die Beschlüsse des Aufsichtsrats auszuführen und die hierzu notwendigen Willenserklärungen abzugeben. Falls er Mitglied eines Ausschusses des Aufsichtsrates ist, hat er in diesem den Stimmrecht.

4. Einberufung

Der Aufsichtsrat wird durch seinen Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter, einberufen. Die Tagesordnung soll den Aufsichtsratsmitgliedern eine Woche vor der Sitzung zugeleitet werden.

5. Ersatzmitglieder

Die Hauptversammlung kann gemäß § 101, Absatz 3, Aktiengesetz für die Mitglieder des Aufsichtsrates, die von der Hauptversammlung zu wählen sind, Ersatzmitglieder bestellen und zwar dergestalt, dass zwei Ersatzmitglieder bestellt werden, die in einer von der Hauptversammlung festzusetzenden Reihenfolge jeweils an die Stelle vor Beendigung ihrer Amtszeit wegfallender Aufsichtsratsmitglieder treten. Das Aufsichtsratsmandat des zum Ersatzmitglied Bestellten erlischt mit Beendigung der Hauptversammlung, in der für das vorzeitig ausgeschiedene ein anderes Mitglied des Aufsichtsrates gewählt wird, spätestens jedoch zum Ende der Amtszeit des vorzeitig ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds.

6. Aufsichtsratsbeschlüsse

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens $\frac{2}{3}$ der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Dies gilt auch für Wahlen.

Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Mit der Einberufung sind die Gegenstände der Tagesordnung mitzuteilen. Beschlüsse zu Gegenständen der Tagesordnung, die nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden sind, können nur gefasst werden, wenn kein Mitglied der Abstimmung widerspricht. Abwesenden Mitgliedern ist in einem solchen Fall innerhalb einer vom Vorsitzenden zu bestimmenden Frist Gelegenheit zu geben, der Beschlussfassung zu widersprechen. Der Beschluss wird erst wirksam, wenn kein abwesendes Mitglied innerhalb der Frist widersprochen hat.

Abwesende Mitglieder des Aufsichtsrats können dadurch an der Beschlussfassung des Aufsichtsrats teilnehmen, dass sie durch andere Aufsichtsratsmitglieder schriftliche Stimmabgaben überreichen lassen. Darüber hinaus können abwesende Aufsichtsratsmitglieder ihre Stimme während der Sitzung oder nachträglich innerhalb einer vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu bestimmenden angemessenen Frist in Textform, mündlich, fernmündlich oder mittels sonstiger gebräuchlicher Telekommunikationsmittel, insbesondere per Videozuschaltung, abgeben (gemischte Beschlussfassung). Ein Widerspruchsrecht der Aufsichtsratsmitglieder gegen eine gemischte Beschlussfassung besteht nicht.

Außerhalb von Sitzungen sind Beschlussfassungen durch schriftliche, fernmündliche, per Telefax oder per E-Mail übermittelte Stimmabgaben oder Stimmabgaben mittels sonstiger gebräuchlicher Kommunikationsmittel, insbesondere per Videokonferenz, zulässig, wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats dies anordnet und kein Aufsichtsratsmitglied widerspricht.“

7. Dauer der Amtszeit von Aufsichtsratsmitgliedern in besonderen Fällen

Wird ein Aufsichtsratsmitglied anstelle eines ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds gewählt, so erfolgt die Wahl für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds, sofern die Hauptversammlung bei der Wahl nicht eine andere Amtsdauer beschließt.

8. Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats

Die Rechte und Pflichten des Aufsichtsrats ergeben sich aus dem Gesetz.

Der Aufsichtsrat ist im Rahmen des § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG ermächtigt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

9. Auslagen und Vergütung

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten pro Sitzung des Gesamtgremiums ein Sitzungsentgelt in Höhe von Euro 2.000,00 (in Worten: Euro zweitausend). Darüber hinaus erhalten sie eine feste jährliche Basisvergütung in Höhe von Euro 40.000,00 (in Worten: Euro vierzigtausend).

Zusätzlich zur Basisvergütung erhalten der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats Euro 80.000,00 p.a. (in Worten: Euro achtzigtausend), der oder die stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats jeweils Euro 17.000,00 p.a. (in Worten: Euro siebzehntausend), der/die Vorsitzende des Prüfungs-ausschusses Euro 25.000,00 p.a. (in Worten: Euro fünfundzwanzig), der/die Vorsitzende des Personalausschusses Euro 10.000,00 p.a. (in Worten: Euro zehntausend) und der/die Vorsitzende des Investitionsausschusses Euro 4.000,00 p.a. (in Worten: Euro viertausend). Die Mitglieder des Prüfungs- und Personalausschusses erhalten zusätzlich Euro 3.000,00 p.a. (in Worten: Euro dreitausend) und die Mitglieder des Investitionsausschusses zusätzlich Euro 2.500,00 p.a. (in Worten: Euro zweitausendfünfhundert).

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf Erstattung der ihnen durch ihre Tätigkeit entstehenden Auslagen und werden auf Kosten der Gesellschaft in von der Gesellschaft bereitgestellten, angemessenen Versicherungsschutz (u.a. D&O- und Unfallversicherung) mit einbezogen. Die Vergütungen und Auslagen werden zuzüglich einer etwaig anfallenden gesetzlichen Mehrwertsteuer gezahlt.

Ist ein Aufsichtsratsmitglied nur während eines Teils des Geschäftsjahrs bestellt, so entsteht ein Anspruch auf Vergütung nur pro rata temporis.

§ 8 Hauptversammlung

1. Abhaltung der Hauptversammlung

- a) Die Hauptversammlung wird vom Vorstand oder vom Aufsichtsrat einberufen, wenn das Gesetz oder das Wohl der Gesellschaft es erfordert.
- b) Einberufung, Teilnahmebedingungen

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft, am Sitz einer Niederlassung oder einer Tochtergesellschaft, in einer Gemeinde im Bezirk des für die Gesellschaft

zuständigen Handelsregisters oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse statt.

Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass die Hauptversammlung ohne physische Präsenz der Aktionäre oder ihrer Bevollmächtigten am Ort der Hauptversammlung abgehalten wird (virtuelle Hauptversammlung). Die Ermächtigung gilt für die Abhaltung virtueller Hauptversammlungen in einem Zeitraum von fünf Jahren nach Eintragung dieser Satzungsbestimmung in das Handelsregister der Gesellschaft. Auf die virtuelle Hauptversammlung finden alle Regelungen der Satzung für Hauptversammlungen Anwendung, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorsieht oder in dieser Satzung ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

Die Einberufung der Hauptversammlung erfolgt, soweit das Gesetz keine abweichende Frist bestimmt, mindestens sechsunddreißig Tage vor dem Tag der Hauptversammlung. Der Tag der Hauptversammlung und der Tag der Einberufung sind nicht mitzurechnen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich zur Hauptversammlung angemeldet und der Gesellschaft ihren Anteilsbesitz nachgewiesen haben. Der Nachweis des Anteilsbesitzes muss durch eine von dem Letztintermediär in Textform erstellte Bescheinigung erfolgen und sich auf den Geschäftsschluss des zweiundzwanzigsten Tages vor der Hauptversammlung beziehen. Die Anmeldung und der Nachweis des Anteilsbesitzes müssen der Gesellschaft jeweils mindestens sechs Tage vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen. Der Tag der Hauptversammlung und der Tag des Zugangs sind nicht mitzurechnen.

2. Durchführung der Hauptversammlung

- a) Die Hauptversammlung wird von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder von einem von diesem benannten Aufsichtsratsmitglied, oder - falls eine derartige Benennung nicht stattgefunden hat - von dem an Lebensjahren ältesten Aufsichtsratsmitglied geleitet.
- b) Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. In den Fällen, in denen das Gesetz eine Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erfordert,

genügt, sofern nicht durch Gesetz eine größere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist, die einfache Mehrheit des vertretenen Grundkapitals.

Im Fall der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

Sofern bei Wahlen zum Aufsichtsrat im ersten Wahlgang die einfache Stimmenmehrheit nicht erreicht wird, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Personen statt, die die höchsten Stimmzahlen erhalten haben. Bei gleicher Stimmzahl im zweiten Wahlgang entscheidet das Los.

c) Stimmrecht

Jede Stammaktie gewährt eine Stimme. Falls die Vorzugsaktien aus gesetzlichen Gründen das Stimmrecht gewähren, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme.

Das Stimmrecht kann durch einen Bevollmächtigten ausgeübt werden. Vollmachten, die nicht an ein Kreditinstitut, eine Aktionärsvereinigung oder eine andere der in § 135 AktG gleichgestellten Personen oder Institutionen erteilt werden, sind in Textform (§ 126b BGB) zu erteilen. Der Nachweis der Vollmacht kann der Gesellschaft auf einem vom Vorstand näher zu bestimmenden Weg der elektronischen Kommunikation übermittelt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass die Aktionäre an der Hauptversammlung auch ohne Anwesenheit an deren Ort und ohne einen Bevollmächtigten teilnehmen und sämtliche oder einzelne ihrer Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können. Er ist insbesondere ermächtigt vorzusehen, dass Aktionäre ihre Stimmen, auch ohne an der Versammlung teilzunehmen, schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation abgeben dürfen (Briefwahl). Soweit der Vorstand von diesen Ermächtigungen Gebrauch macht, ist dies in der Einberufung bekannt zu machen.

d) Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge der Verhandlungsgegenstände sowie die Form der Abstimmung. Er ist ermächtigt, bereits zu Beginn oder während der Hauptversammlung das Frage-, Nachfrage- und Rederecht des Aktionärs zeitlich angemessen zu beschränken.

e) Der Vorstand ist ermächtigt, die Übertragung der Hauptversammlung ganz oder teilweise in Bild und Ton

zuzulassen. Mitgliedern des Aufsichtsrats, die nicht den Vorsitz in der Hauptversammlung führen, ist in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats die Teilnahme an der Hauptversammlung im Wege der Bild- und Tonübertragung in den Fällen gestattet, in denen ihnen aufgrund rechtlicher Einschränkungen, ihres Aufenthalts im Ausland, ihres notwendigen Aufenthalts an einem anderen Ort im Inland oder aufgrund einer unangemessenen Anreisedauer die physische Präsenz am Ort der Hauptversammlung nicht oder nur mit erheblichem Aufwand möglich wäre oder wenn die Hauptversammlung als virtuelle Hauptversammlung abgehalten wird.

III. Gewinnverwendung und Sonstiges

§ 9 Beschlussgegenstände der ordentlichen Hauptversammlung

1. Die Hauptversammlung beschließt alljährlich nach Entgegennahme des gemäß § 171 Abs. 2 AktG vom Aufsichtsrat zu erstattenden Berichts in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres über die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats, über die Verwendung des Bilanzgewinns, über die Wahl des Abschlussprüfers und in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über die Feststellung des Jahresabschlusses sowie die Billigung des Konzernabschlusses.
2. Die Hauptversammlung kann zur Verwendung des Jahresüberschusses neben oder anstelle einer Barausschüttung auch eine Sachausschüttung beschließen. Eine Sachausschüttung ist nur gestattet, sofern es sich bei den auszuschüttenden Sachwerten um solche fungiblen Vermögenswerte handelt, die auf einem Markt im Sinne von § 3 Abs. 2 AktG gehandelt werden.

§ 10 Gründungskosten

Die Gründungskosten werden von der Gesellschaft übernommen.

§ 11 Festsetzungen nach § 27 AktG

1. Die Gesellschafter des in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft geführten und unter der Firma Villeroy & Boch Keramische Werke KG mit dem Sitz in Mettlach (Saar) betriebenen Unternehmens haben das Vermögen dieser Personengesellschaft nach den Bestimmungen der §§ 40 ff. des Umwandlungsgesetzes vom 6. November 1969 als Gründer auf die gleichnamige Aktiengesellschaft übertragen.

2. Das vorbezeichnete Unternehmen wird mit Wirkung vom 1. Januar 1987 an für Rechnung der Aktiengesellschaft geführt. Von diesem Tag an gehen Gefahr, Nutzungen und Lasten auf die Aktiengesellschaft über, nicht jedoch ein Anspruch auf einen für das Geschäftsjahr 1986 evtl. auszuschüttenden Gewinn, der den bisherigen Gesellschaftern der Kommanditgesellschaft verbleibt.